



## Neuwahlen

*<Es sei an der Zeit, „dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden“, sagte SPD-Chef Franz Müntefering kurz nach 18 Uhr in die Mikrofone der wartenden Journalisten, so gehe es nicht mehr weiter. Und dann verkündete er die Sensation: Er habe mit dem Bundeskanzler vereinbart, dem Präsidium der Partei vorzuschlagen, im Herbst eine vorgezogene Bundestagswahl abzuhalten.> Quelle: SPIEGEL*

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 2005, als die SPD die Wahl in Nordrhein-Westfalen verloren hatte. **Gerhard Schröder** inszenierte ein Misstrauensvotum gegen sich selbst, um den Weg für Neuwahlen freizumachen. Das war verfassungsrechtlich problematisch, hat aber funktioniert und dem Land eine 16-jährige Kanzlerschaft von **Angela Merkel** beschert.

Und jetzt? Wäre es nicht mal wieder an der Zeit, „dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.“? In nur zwei Jahren haben SPD, Grüne und FDP das Vertrauen in die Bundesregierung und ihre Politik zerstört. Dabei haben sie doch so viel Gutes getan, sagt der Bundeskanzler. Fragen Sie aber mal die Örtliche Normalverbraucherin auf der Straße danach. Sie käme ins Grübeln.

Alle drei Ampel-Parteien haben vor allem wegen ihrer Kommunikationsschwäche Verluste einstecken müssen, die SPD in Hessen fast fünf und in Bayern nochmals über ein Prozent weniger als bei der letzten Wahl. Die Grünen haben in Hessen auch fünf Prozent verloren, können sich aber vermutlich dennoch in die Koalition mit der CDU retten. In Bayern sind es 3,2 Minuspunkte. Und die FDP kommt in Hessen mit fünf Prozent gerade noch in den Landtag bei Verlusten von 2,5 Prozentpunkten. In Bayern ist sie raus.

7,6 Prozent Plus für die CDU in Hessen. Das ist mächtig gewaltig für einen Ministerpräsidenten, den außerhalb des Bundeslandes kaum jemand kennt. Das Ergebnis der CSU in Bayern ist bescheiden, 0,2 Prozent weniger als vor fünf Jahren. Mit 37 Prozent stärkste Kraft, FJS dreht sich im Grabe um.

Dass man den Freien Wählern die Flugblattaftäre nicht übelgenommen hat, spricht für sich. 4,2 Prozent Plus für antisemitische Hetze. Die AfD ist schon längst kein Ostproblem mehr, nicht mit 18,4 Prozent in Hessen (+5,3%) und 14,6 Prozent in Bayern (4,4%).

Die nächste Bundestagswahl findet im Herbst 2025 statt. Zwei Jahre Ampel sind um, zwei Jahre Ampel liegen noch vor uns. Was muss sich ändern, was kann sich überhaupt ändern? Grenzen dichtmachen und alle liberalen Werte einer freiheitlichen Gesellschaft abschaffen? Das hätten die Wähler der AfD gern. Wie kann aber der Spagat gelingen, nicht den Populisten gefallen zu wollen und trotzdem unsere Werte hochzuhalten? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht.

Im April 2021 stand die SPD bei 14 Prozent, mit 25,7 Prozent hat sie im September die Wahl als stärkste Partei gewonnen. Die Union stürzte von April bis September von 30 auf 24 ab und den Grünen ging es nicht besser, von 23 auf knapp 15 Prozent. Theoretisch hätte die SPD also zwei Jahre Zeit, um wieder an die Spitze zu kommen. Ein Problem heißt allerdings **Olaf Scholz**.

2021 war die Ausgangslage für Scholz günstig. Nach 16 Jahren **Angela Merkel** sehnten sich die Leute nach einem neuen Gesicht, wie 1998, als die meisten Menschen von 16 Jahren **Helmut Kohl** genug hatten und lieber **Gerhard Schröder** wählten. So viel Glück wie 2021 mit dem Unions-Kanzlerkandidaten **Armin Laschet** wird **Olaf Scholz** 2025 nicht haben. Der Kanzlerkandidat wird dann **Hendrik Wüst** heißen, weil bis dahin die Union erkannt haben wird, dass **Friedrich Merz** nicht der richtige Mann für diesen Job ist. Es dürfte äußerst unwahrscheinlich sein, dass **Markus Söder** mit dem aktuellen Ergebnis in Bayern eine Chance auf die Kanzlerschaft hätte.

Alle Meinungsforschungsinstitute, von INSA über Forsa, Infratest dimap bis zur Forschungsgruppe Wahlen sehen, wenn jetzt Neuwahlen stattfänden, die Union deutlich vorn gefolgt von der AfD, der SPD, den Grünen und der FDP. Alle gehen davon aus, dass die FDP wieder dabei sein wird. Die Linke pendelt um die fünf Prozent. Für sie wird entscheidend sein, ob **Sahra Wagenknecht** ihre eigene Partei gründet oder nicht.

In zwei Jahren kann viel geschehen. Die mir selbst gestellte Frage, ob jetzt Neuwahlen stattfinden sollten, beantworte ich mit einem klaren Nein. Die aktuelle Regierung ist für vier Jahre gewählt worden, und so lange soll sie gefälligst ihren Job machen. **Olaf Scholz** sollte allerdings beim Regieren endlich von *Valium auf Red Bull* umsteigen.

**Ed Koch**